

Ordentliche Gerichtsbarkeit - Finnland



Tento text byl přeložen strojově. Za kvalitu překladu neručíme.

Dieser Abschnitt enthält Informationen über die ordentlichen Gerichte und Verwaltungsgerichte in Finnland.

Allgemeine Gerichte und Verwaltungsgerichte – Einleitung

Man kann die Gerichte in Finnland in **allgemeine Zivil- und Strafgerichte, Verwaltungsgerichte** für Verwaltungsentscheidungen und **Sondergerichte** aufteilen.

Der Begriff „**allgemeine Gerichte**“ bezieht sich auf Gerichte, deren Zuständigkeit allgemein ist. Mit anderen Worten: sie befassen sich mit Rechtsstreitigkeiten, die nicht in die Zuständigkeit eines anderen Gerichts fallen. Allgemeine Gerichte sind:

- **Amtsgerichte (20)**
- **Berufungsgerichte (5)**
- **Oberster Gerichtshof.**

Allgemeine Verwaltungsgerichte **sind Verwaltungsgerichte.**

Verwaltungsgerichte sind das oberste Verwaltungsgericht und die regionalen Verwaltungsgerichte. In Finnland gibt es sechs regionale Verwaltungsgerichte: Verwaltungsgericht Helsinki, Hämeenlinna, Ostfinnland, Nordfinnland, Turku und Vaasa. Åland hat auch ein eigenes Verwaltungsgericht, Ålands förvaltningsdomstol.

Das höchste Verwaltungsgericht ist das **Oberste Verwaltungsgericht (Korkein hallinto-oikeus/Högsta förvaltningsdomstolen).**

Bezirksgerichte

☑ Bezirksgerichte sind die unterste Instanz der ordentlichen Gerichte. Sie befassen sich mit Zivil-, Straf- und bestimmten Anträgen wie Scheidungen. In Finnland gibt es 20 Bezirksgerichte. Ihr Umfang ist sowohl in Bezug auf die Anzahl der Akten als auch die Zahl der Mitarbeiter sehr unterschiedlich. Jedes Jahr bearbeiten die Bezirksgerichte etwa 550 000 Fälle (Strafsachen, 80 000 Fälle, 420 000 Fälle und 50 000 Fälle). Die Gesamtzahl der Mitarbeiter an den Bezirksgerichten beträgt rund 1900.

Die Bestimmungen über die Arbeitsweise und die Verwaltung dieser Gerichte sind im **Gerichtsgesetz (673/2016)** und in der Verfahrensordnung der Gerichte festgelegt. Nach dem Gesetz ist der leitende Richter in einem erstinstanzlichen Gericht auch der Verwaltungsleiter dieses Amtes.

Darüber hinaus hat das Bezirksgericht Laien, d. h. Laien, die an der Lösung der schwersten Straf- und Grundstücksfälle beteiligt sind. Die Laienmitglieder werden von den Gemeinderäten ausgewählt. Das Justizministerium bestätigt die Zahl der von den Gemeinden zu wählenden Laien. Ihre Vergütung wird aus staatlichen Mitteln gezahlt.

Verfahren vor Bezirksgerichten

Vor einem Bezirksgericht ist eine Zivilsache in zwei Phasen unterteilt: **Eine Vorbereitungsphase und eine Hauptverhandlung.** Die Vorbereitungsphase beginnt mit den Schriftsätzen der Parteien. Unbestrittene Forderungen werden bereits zu diesem Zeitpunkt beglichen. Die Vorbereitung erfolgt mündlich, und bei der Verhandlung ist ein Richter anwesend.

Kann der Fall zu diesem Zeitpunkt nicht gelöst werden, ist eine gesonderte Hauptverhandlung anberaumt. In diesem Fall besteht das Bezirksgericht aus einem oder drei Richtern. Das Verfahren ist so fortlaufend wie möglich.

In Strafsachen variiert die Zusammensetzung des Bezirksgerichts je nach Straftat. Geringfügige Straftaten werden von einem einzigen Richter und schwerwiegendere Straftaten von einem einzigen Richter und zwei Jurys oder drei Richtern behandelt.

Das Strafverfahren folgt denselben Grundsätzen wie in Zivilsachen. Eine vorbereitende Anhörung kann auch in Strafverfahren stattfinden. Das Gericht kann den Beschuldigten auffordern, vor der Hauptverhandlung ein Angriffs- oder Verteidigungsmittel zu erheben. Das Verfahren wird mündlich geführt und die Entscheidung stützt sich auf Tatsachen und Beweismittel, die dem Gericht von den Parteien zur Kenntnis gebracht werden. Alle Beweismittel sind in der Hauptverhandlung eingegangen. Das Strafverfahren wird, soweit möglich, auch fortlaufend geführt. Die Zusammensetzung des Gerichts darf während des Hauptverfahrens nicht geändert werden. Unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen kann ein Strafverfahren auch im schriftlichen Verfahren ohne Einberufung einer Hauptverhandlung beschlossen werden.

Gelingt es dem Gericht nicht, einen **Konsens über das Urteil zu erzielen**, so findet eine Abstimmung statt. Jedes Mitglied des Spruchkörpers hat eine individuelle Stimme. Besteht in einem Zivilverfahren eine Stimmengleichheit, so gibt der Richter sein endgültiges Gutachten ab; in einem Strafverfahren hat die mildere Alternative Vorrang.

Die Entscheidung des Bezirksgerichts ist zu begründen. In den meisten Fällen wird das Urteil den Parteien unmittelbar nach Abschluss der Hauptverhandlung zugestellt. Bei schweren oder anderweitig komplexen Strafverfahren darf die Strafe jedoch nicht länger als zwei Wochen dauern. Das Urteil wird dann schriftlich bei der Kanzlei des Gerichts eingesehen.

Hovioikeudet

☑ In Finnland gibt es fünf Berufungsgerichte (Helsinki, Ostfinnland (Kuopio), Rovaniemi, Vaasa und Turku Court of Appeal).

Als übergeordnete Gerichte bearbeiten diese Beschwerden und Petitionen gegen die Entscheidungen der Bezirksgerichte. In bestimmten Fällen fungieren Berufungsgerichte auch als erstinstanzliche Gerichte: Z. B. für die Amtsenthebung eines unteren Richters oder hochrangiger Beamter.

Die Berufungsgerichte sind auch für die Überwachung der Rechtsanwendung in den Bezirksgerichten sowie für bestimmte Fragen im Zusammenhang mit der Rechtspflege zuständig. Eine Verwaltungsangelegenheit erfordert insbesondere die Abgabe einer Stellungnahme an den Richterswahlausschuss zu Antragstellern, die sich um das Amt eines Richters an einem Bezirksgericht oder Berufungsgericht bewerben. Die Stellungnahme wird von dem mit dieser Zuständigkeit betrauten Ausschuss des Berufungsgerichts abgegeben. Der Präsident (oberste Justizbehörde) des Berufungsgerichts ist für dessen Arbeitsweise und Effizienz verantwortlich.

Das Berufungsgericht ist **in Spaltungen unterteilt**. Die Abteilung besteht aus einem Abteilungsleiter und anderen Richtern. Die Fälle werden in der Regel von einem aus drei Richtern bestehenden Spruchkörper bearbeitet.

Verfahren vor dem Berufungsgericht

In einigen Zivil- und Strafsachen benötigt der Kläger eine weitere Genehmigung des Berufungsgerichts. Die Erteilung einer Bewilligung für die Weiterverarbeitung ist gesetzlich geregelt. Die Rechtssachen werden vom Berufungsgericht entweder im schriftlichen Verfahren oder in einer mündlichen Verhandlung behandelt.

Der Supreme Court

☑ Der Oberste Gerichtshof ist die höchste Berufungsinstanz. Wie das Berufungsgericht ist auch das Oberste Gericht in Teile gegliedert, die, um rechtlich zuständig zu sein, aus fünf Mitgliedern bestehen.

Um eine Rechtssache an den Obersten Gerichtshof verweisen zu können, muss die betroffene oder betroffene Partei die Zulassung eines Rechtsmittels gegen ein Gerichtsurteil beantragen. Nach Eingang dieser Petition prüft der Oberste Gerichtshof, ob er in diesem konkreten Fall ein Rechtsmittel zulassen kann. Die Angelegenheit wird von einem Zwei- oder Drei-Personen-Panel geprüft. Die Zulassung eines Rechtsmittels kann nur aus gesetzlich festgelegten Gründen gewährt werden.

Seit 1980 ist der Oberste Gerichtshof zu einer Institution geworden, die einen Präzedenzfall festlegt. Eine Rechtssache, die der Oberste Gerichtshof entschieden hat, stellt in jeder Hinsicht eine Rechtsnorm auf, die andere Gerichte in ähnlichen Fällen befolgen müssen. In Fällen, in denen ein Berufungsgericht als erstinstanzliches Gericht tätig war, ist die Einlegung eines Rechtsmittels nicht erforderlich.

Den Vorsitz im Amt **des Obersten Gerichtshofs führt dessen Präsident**. Die Mitglieder des Obersten Gerichtshofs werden als Richter des Obersten Gerichtshofs bezeichnet. Berichterstatter sind der Ständige Sekretär, die Berater der Berichterstatter, die leitenden Rechtsreferenten und die Rechtsreferenten.


Zusätzlich zu den Gerichtsverfahren ernennt der Oberste Gerichtshof Richter ad interim an ordentlichen Gerichten für einen Zeitraum von mehr als einem Jahr. Der Oberste Gerichtshof äußert sich auch zu Gesetzesvorschlägen und Gnadenanträgen, die dem Präsidenten Finnlands übermittelt wurden.

Das Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof ist in der Regel schriftlich festgelegt. Erforderlichenfalls **findet eine mündliche Anhörung** statt.

Verwaltungsrechtliche Gerichtsbarkeit

Verwaltungsgerichte:

Die Verfassung schreibt vor, dass sich alle öffentlichen Tätigkeiten strikt an das Gesetz halten müssen. Jede Person oder Einrichtung, die eine Entscheidung eines Staates oder einer Gemeinde in einer sie betreffenden Angelegenheit für rechtswidrig hält, kann in der Regel einen Rechtsbehelf gegen sie einlegen.

Die Behörde gibt zusammen mit der Entscheidung an, wie und bei wem gegen die Entscheidung Beschwerde eingelegt werden kann. Häufig kann die Entscheidung zunächst von der Verwaltungsbehörde überprüft  und dann beim Verwaltungsgericht angefochten werden, wenn die Entscheidung noch nicht zufrieden stellend ist. Die Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte werden durch die Gebietsaufteilung der Provinzen so bestimmt, dass eine oder mehrere Provinzen in ein und dieselbe Zuständigkeit einbezogen werden können.

Im Rechtsmittelverfahren entscheidet das Verwaltungsgericht über die Rechtmäßigkeit der Entscheidung der angegriffenen Behörde. Ist die Entscheidung des Verwaltungsgerichts nicht zufrieden stellend, kann in den meisten Fällen noch ein Rechtsbehelf beim Obersten Verwaltungsgericht eingelegt oder zumindest ein Antrag auf Zulassung der Berufung beim Obersten Verwaltungsgericht gestellt werden.

Die Verwaltungsrechte sind im Verwaltungsgerichtsgesetz (430/1999), im Regierungserlass über Verwaltungsgerichte (865/2016) und in den einzelnen Verfahrensordnungen geregelt. Als Verfahrensrecht gilt für Verwaltungsgerichte das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz (586/1996).

Jedes Jahr werden über 20 000 Fälle von Verwaltungsgerichten bearbeitet. In den meisten Fällen handelt es sich um Rechtsbehelfsverfahren, aber die Verwaltungsgerichte befassen sich auch mit Verwaltungsstreitigkeiten und Unterrangigkeitsfällen. Nach der diagonalen Formel sind fast 300 Kategorien von Rechtssachen zu behandeln, was das breite Spektrum der Fälle veranschaulicht. Verwaltungsgerichte sind allgemeine Landgerichte, die sich in der Regel mit allen Verwaltungsgerichtssachen befassen. Einige Fälle konzentrieren sich jedoch auf bestimmte Verwaltungsrechte:

- Das Verwaltungsgericht Helsinki befasst sich unter anderem mit allen Fragen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer und den Zöllen.
- Das Verwaltungsgericht Vaasa wird über einen Rechtsbehelf gegen Genehmigungs- und Bescheide nach dem Wassergesetz und dem Umweltschutzgesetz entscheiden.
- Das Verwaltungsgericht Hämeenlinna befasst sich mit Rechtsmitteln gegen Agrarbeihilfen, Beihilfen zur Entwicklung des ländlichen Raums und Agrarstrukturbeihilfen.
- Das Verwaltungsgericht Nordfinland befasst sich mit Klagen gegen Beihilfesachen in Bezug auf die Rentierhaltung und natürliche Methoden der Landwirtschaft sowie in bestimmten Fällen, die nach dem Skolt-Gesetz zu entscheiden sind.

Das Verwaltungsgericht hat einen obersten Richter des Verwaltungsgerichts und weitere Mitglieder des Verwaltungsgerichts. Die Arbeitsweise des Verwaltungsgerichts wird von einem obersten Richter verwaltet und verwaltet. Die Verwaltungsgerichte können in Abschnitte unterteilt werden. Die Kammern werden von dem zum Kammerpräsidenten ernannten Verwaltungsrichter geleitet. Neben Verwaltungsrichtern gibt es Berichterstatter und Sekretariatspersonal am Verwaltungsgericht. Die Verwaltungsgerichte beschäftigen insgesamt rund 550 Mitarbeiter.

Spruchkörper des Verwaltungsgerichts

Das Verwaltungsgericht ist ein Kollegialgericht, das in der Regel mit drei Mitgliedern beschlussfähig ist. Mitglieder des Gerichts sind der Oberste Richter des Verwaltungsgerichts und die Verwaltungsrichter des Verwaltungsgerichts. Darüber hinaus ist in bestimmten Fällen, z. B. im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit und der Unterbringung von Kindern, ein nicht aktives fachkundiges Mitglied an den Beratungen und Entscheidungen beteiligt. Neben rechtlich qualifizierten Mitgliedern sind auch Richter in den Bereichen Naturwissenschaften und Ingenieurwesen an Fällen nach dem Umweltschutz- und Wassergesetz beteiligt. Diese Gruppen setzen sich in der Regel aus vier Mitgliedern zusammen.

Es ist den Verwaltungsgerichten möglich, bestimmte einfachere, gesetzlich definierte Rechtsbehelfsverfahren in eingeschränkteren Konfigurationen zu entscheiden. Dies setzt voraus, dass der Rechtsschutz der Parteien nicht beeinträchtigt wird.

Die Zusammensetzung von zwei Richtern kann in bestimmten gesetzlich aufgezählten Fällen entscheiden, wenn das Rechtsmittelverfahren eindeutig ist und keine neue Art der Rechtsauslegung erfordert. Dazu gehören eine Reihe von Beschwerden im Zusammenhang mit Einkommensteuern, Grundsteuern, Kraftfahrzeugsteuern und Baugenehmigungen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Richtern in einem Zwei-Mitglieder-Spruchkörper wird der Fall zur Entscheidung an den normalen Drei-Mitglieder-Spruchkörper verwiesen. Ein Richter kann über Beschwerden entscheiden, die unter anderem die Parkgebühr, die Verbringung eines Fahrzeugs, die Führerscheinfälle und die Gebühr für die Kontrolle öffentlicher Verkehrsmittel betreffen. Darüber hinaus kann ein Richter über alle einstweiligen Verfügungen entscheiden und die Vollstreckung von Steuern und Abgaben untersagen oder aussetzen.

Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht

Im Verwaltungsrecht werden Fälle hauptsächlich schriftlich behandelt, aber die Organisation von Anhörungen und Inspektionen hat in den letzten Jahren zugenommen. Es gibt viele mündliche Anhörungen, insbesondere zum Schutz von Kindern und Ausländern.

Im Laufe des Verfahrens ist die Rechtsmittelführerin oder der Kläger grundsätzlich verpflichtet, Beweise für ihre Anträge und die Klagegründe, auf die sie gestützt sind, vorzulegen. Auf der Grundlage des sogenannten formellen Prinzips ist es jedoch Sache des Verwaltungsgerichts, dafür zu sorgen, dass die Angelegenheit gelöst wird. Nach dem Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz prüft das Verwaltungsgericht die Angelegenheit von Amts wegen, soweit dies für ein faires Verfahren, ein faires Verfahren und die Art der Rechtssache erforderlich ist.

Im Verwaltungsrecht werden die Fälle in der Reihenfolge ihrer Einleitung behandelt. Bestimmte Fälle werden jedoch als dringend gesetzlich geregelt. Sobald ein Fall vor den Verwaltungsgerichten gebracht wurde, bereitet der Berichterstatter den Fall vor. An Verwaltungsgerichten fungieren Verwaltungsgerichtssekretäre und Notare, mitunter auch Verwaltungsrichter, als Berichterstatter. Der Berichterstatter holt die erforderlichen Stellungnahmen oder Erklärungen von den Behörden ein und sorgt dafür, dass die interessierten Kreise angehört werden.

Im Anschluss an das Verfahren werden die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen geprüft und im Falle eines Rechtsbehelfs eine Stellungnahme der Behörde sowie die Unterlagen, auf die sich die Entscheidung stützt, eingeholt. Die anderen Parteien, sofern vorhanden, und die Rechtsmittelführerin werden dann gehört.

Der Berichterstatter gibt eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu dem zu beschließenden Thema ab. Die Unterlagen und die Stellungnahme werden an die Richter weitergeleitet, und die Rechtssache wird anschließend in einer mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht entschieden.

Das Verwaltungsgericht prüft alle aufgeworfenen Fragen und entscheidet, welche Fragen für die Entscheidung relevant sind. Stimmen die Richter, die die Entscheidung getroffen haben, nicht zu, so wird über die Entscheidung abgestimmt. Der Berichterstatter kann auch eine abweichende Stellungnahme abgeben. Nach der mündlichen Verhandlung kann die Begründung der Entscheidung präzisiert und nach Unterzeichnung durch den Spruchkörper den Parteien und der Behörde zugestellt werden.

Oberstes Verwaltungsgericht

☑ **Das oberste** Verwaltungsgericht ist **das oberste** Verwaltungsgericht und verfügt über die oberste Zuständigkeit für verwaltungsgerichtliche Verfahren.

Die meisten Fälle, die beim Obersten Verwaltungsgericht anhängig sind, stammen von anderen Verwaltungsgerichten. In einigen Fällen müssen Sie zunächst beim Obersten Verwaltungsgericht die Zulassung eines Rechtsmittels beantragen.

In Finnland kann das Oberste Verwaltungsgericht aus rechtlichen Gründen auch gegen Entscheidungen des Ministerrats und der Ministerien der Obersten Exekutive Rechtsmittel einlegen.

Der Oberste Verwaltungsgerichtshof kann Stellungnahmen und Vorschläge zu legislativen Angelegenheiten abgeben. Sie überwacht die Rechtspflege in ihrem Tätigkeitsbereich. Damit soll sichergestellt werden, dass das Verwaltungsgerichtssystem insgesamt und effizient funktioniert. Darüber hinaus ernannt das Oberste Verwaltungsgericht Richter an Verwaltungsgerichten für eine bestimmte Amtszeit von mehr als einem Jahr.

An der Spitze des Obersten Verwaltungsgerichts steht der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts. Die Mitglieder des Obersten Verwaltungsgerichts werden als Rechtsberater bezeichnet. Es gibt rund 20 Rechtsberater. Darüber hinaus gibt es rund 50 Anwälte im Obersten Verwaltungsgericht als Berichterstatter und die gleiche Anzahl anderer Mitarbeiter. Das Oberste Verwaltungsgericht ist in Kammern unterteilt. Der Staatssekretär leitet die Kanzlei.

Beim Obersten Verwaltungsgericht gehen jährlich etwa 6000 Fälle ein. Im Korkein hallinto-oikeus (Oberstes Verwaltungsgericht) werden Gerichtsverfahren regelmäßig von fünf Mitgliedern bearbeitet. Im Falle der Zulassung eines Rechtsmittels kann der Antrag von einem aus drei Richtern bestehenden Spruchkörper abgelehnt werden. Neben den Mitgliedern der Rechtsprechung setzt sich das Gericht aus zwei Ad-hoc-Experten für das Wasser- und Umweltschutzgesetz sowie für das Patent, das Gebrauchsmuster und die Bezirksplanung des integrierten Schaltkreises zusammen. Das fachkundige Mitglied hat den Status eines unabhängigen Richters. Das Verfahren vor dem Obersten Verwaltungsgericht wird zumeist schriftlich, überprüft und mündliche Anhörungen von weniger als zehn pro Jahr durchgeführt.

Rechtsdatenbanken und -websites

Name des Repositoriums

Finlex <https://www.finlex.fi/>

Website der finnischen Justiz <https://oikeus.fi/tuomioistuimet/fi/index.html>

Ist die Website oder Datenbank kostenlos?

Die Website ist **kostenlos**.

Auf der Website der [finnischen Justiz](#) finden Sie Informationen über das finnische Justizsystem. Es ist ein zentrales Portal für Personen, die Informationen über Gerichte, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher, Büros für Prozesskostenhilfe und andere öffentliche Stellen, die mit der Rechtspflege in Finnland befasst sind, suchen.

Dazu gehört beispielsweise die neueste Rechtsprechung der Berufungsgerichte und der Verwaltungsgerichte. Die größten Datenbanken des Obersten Gerichtshofs, der Berufungsgerichte, der Verwaltungsgerichte und der Fachgerichte befinden sich im kostenlosen Finlex-Dienst [des finnischen Justizministeriums](#).

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 09/01/2020